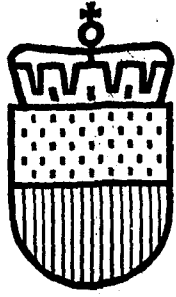


Liechtensteiner Volksblatt

Mit den amtlichen Publikationen aus dem Fürstentum Liechtenstein

Bezugspreise: Liechtenstein und Schweiz jährlich sFr. 24.—, halbjährlich sFr. 12.50, vierteljährlich sFr. 6.50 — Vorarlberg jährlich 6S 260.—, halbjährlich 6S 140.—, vierteljährlich 6S 70.—, monatlich 6S 19.—, übriges Ausland jährlich sFr. 42.—, halbjährlich sFr. 22.—. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Schaan entgegen. Postscheckkonto: 90-2988 St. Gallen — Verwaltung und Redaktion: FL-9494 Schaan, Lindenplatz 115, Tel. (075) 2 49 49 / 2 49 50 — Druck: Buchdruckerei Gutenberg, FL-9494 Schaan (Fürstentum Liechtenstein). Einzelverkaufspreis: sFr. —.30 / 6S 2.—



Anzeigenpreise: Einspaltige Millimeterzeile (36 mm) in Liechtenstein: Anzeigen 14,5 Rappen, Textreklame (74 mm) 50 Rappen. In der Schweiz: Anzeigen 18 Rappen, Textreklame 50 Rappen. In Vorarlberg und im übrigen Ausland: Anzeigen 19 Rappen, Textreklame 60 Rappen — Anzeigenannahme: Für das Fürstentum Liechtenstein: Verwaltung «Liechtensteiner Volksblatt», Lindenplatz 115, FL-9494 Schaan, Telefon (075) 2 49 49 und 2 49 50. Für die Schweiz und das übrige Ausland: «ASSA», Schweizer Annoncen AG, CH-9001 St. Gallen, Oberer Graben 3, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte der «ASSA»

AZ — FL-9494 Schaan, Dienstag, 21. Oktober 1969

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

102. Jahrgang — Nr. 155

Genosse Trend: «Alle 30 Jahre wieder...»

Was im Jahre 1938 wegen der Vaterländischen Union geändert werden musste ist für die gleiche Partei heute «nicht mehr akzeptabel»

Bevor das Parlament am vergangenen Freitag auf die zweite und dritte Lesung des neuen Wahlgesetzes eingehen konnte, erinnerte der Maurer Abgeordnete Dr. Georg Malin daran, dass man in der Vorlage zwei wichtige Gesichtspunkte ausser Acht gelassen habe:

- den Auftrag des Landtages an die Fürstliche Regierung, wonach in einem neuen Gesetz auch die legislativen Voraussetzungen zur Einführung des Frauenstimmrechtes in den Gemeinden geschaffen werden sollten, und

- die Einführung der sogenannten Korrespondenzwahl, die auch jene Bürger am politischen Geschehen teilhaben lässt, welche aus Krankheits- oder anderen Verhinderungsgründen nicht zur Urne gehen können.

Zum ersten Punkt zitierte Dr. Georg Malin einen diesbezüglichen Antrag des Abgeordneten Roman Gassner, der in der Sitzung vom 23. Juli 1968 von Vizeregierungschef Dr. Alfred Hilbe entgegengenommen, bislang aber noch nicht erledigt worden war. Wie der Abgeord-

nete Roman Gassner, hatte sich seinerzeit auch der Abgeordnete Dr. Ernst Büchel für den «kleinen Schritt» in Richtung Frauenstimmrecht ausgesprochen, nachdem der «grosse Schritt» in Form der Testabstimmung nicht gelungen war.

Der Antrag des Abgeordneten Dr. Malin fand am letzten Freitag vormittag auch die Unterstützung des Abgeordneten Roman Gassner. Mit 15:0 Stimmen entschied das Parlament, dass die Gesetzesvorlage zur Bereinigung der eingangs genannten Punkte wieder an die Kommission zurückverwiesen werde.

«Verwunderung» statt Spannung

Der Sitzung selbst war dadurch offenbar der politische Sprengstoff genommen, den vor allem die extremen Kreise der Union in sie hineintragen wollten. Das «Liechtensteiner Vaterland» bezeichnete den Parlamentsbeschluss am Samstag als «überraschende Wendung» und meint weiter, dass die Spannung «mit einem Schlag einer allgemeinen Verwunderung gewichen» sei.

Man hatte im weiteren Verlauf der Sitzung denn auch tatsächlich den Eindruck, dass der Mehrzahl der anwesenden Union-Abgeordneten der Stoff ausgegangen war. Es kam bei der Behandlung der übrigen, durchaus wichtigen Geschäfte nur noch vereinzelt Wortmeldungen aus den Reihen der Union, die sich zweifellos ganz auf die Behandlung des parteipolitisch attraktiveren Wahlgesetzes konzentriert hatte.

In der Berichterstattung über die erste Lesung des Gewerbegesetzes versucht das «Vaterland» die Diskussion über diese wichtige Vorlage denn auch als Spielfeld für Juristen herabzuqualifizieren, nachdem sich praktisch nur die Abgeordneten Dr. P. Marxer und Dr. Ernst Büchel daran beteiligt hatten. Dabei ging es den beiden Abgeordneten in erster Linie um die Sicherung der Gewerbefreiheit im neuen Gesetz. Was im Union-Organ als juristische «Spielwiese» bezeichnet wird (von der der kleine Mann ohnehin nichts versteht), waren in Tat und Wahrheit äusserst wichtige Punkte, die sich auf die Entwicklung von Handel und Gewerbe in unserem Land mitunter sehr nachhaltig auswirken könnten.

Bezüglich des Wahlgesetzes forderte der Abgeordnete Roman Gassner die Parlamentskommission auf, im Rahmen der Wiederbehandlung der Vorlage auch die umstrittenen Artikel 50

bis 55 noch einmal zu überprüfen, da diese für die Union ohnehin nicht akzeptabel seien.

VU: Eigenes Kind verleugnet

Angesichts solch unmissverständlicher Hinweise dürfte das «Vaterland» nicht ganz zu Unrecht befürchtet haben, dass es vor dem 1. Febr. 1970 kein neues Wahlgesetz mehr geben wird.

Was für die Fraktion der Vaterländischen Union heute «nicht akzeptabel» (Fettdruck im «Vaterland») erscheint, ist das, was wir heute als gültiges Wahlgesetz besitzen und im Jahre 1938 wegen der «Vaterländischen Union» in diesem Sinne ändern mussten. Unter dem Aspekt der damaligen, ausserpolitischen Verhältnisse und dem inneren Druck der «Vaterländischen Union» musste das Wahlsystem geändert werden! Die Union konnte seinerzeit aufgrund des neuen Wahlsystems die Zahl ihrer Parlamentssitze wesentlich erhöhen. Heute, rund 30 Jahre später, verleugnet die VU ihr eigenes Kind und bezeichnet die Artikel 50 bis 55 als nicht akzeptabel?

Heute, da das alte Wahlgesetz wegen verschiedener Wahlbeschwerden und Staatsgerichtshofentscheidungen einer redaktionellen Verbesserung bedürfte, möchte die «Vaterländische Union» die Gelegenheit wahrnehmen, um das System erneut zu ändern, in ihrem Sinne, wie sie meint.

Nach den Vorschlägen der Union sollten die Kandidatenstimmen künftig als Parteistimmen gelten. Jede Sympathiestimme, die man auf der eigenen Parteiliste einem Kandidaten der Gegenpartei gibt, wäre danach automatisch auch eine Listenstimme (bzw. Parteistimme) der Gegenpartei.

Der ganze Vorschlag, dem man zunächst keine wesentliche Aenderung ansieht, würde in Wahrheit bedeuten, dass man in Zukunft keinem Abgeordneten der Gegenpartei eine Stimme geben könnte, ohne dabei auch seine Partei zu wählen. Bislang bedeutet die Aufnahme eines parteifremden Kandidaten auf eine Parteiliste, dass man seine persönliche Position im Rahmen der gegnerischen Partei gestärkt hat, ohne jedoch auch seine Partei zu wählen.

Von dieser Möglichkeit wurde in den letzten Jahren namentlich im Kreise der Bürgerparteiwähler rege Gebrauch gemacht.

Man wählte zwar seine eigene Partei und beauftragte sie mit der Führung des Staates,

Tribüne der freien Meinung

Ein paar, die arbeiten

Nach längerer Zeit stand in Euerem Samstag-Kommentar wieder einmal etwas Wichtiges und Begrüssenswertes. Die Revision des Steuergesetzes, das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz ist tatsächlich wichtiger als die ewigen Kompetenzstreitigkeiten in der Regierung. Lasst die anderen um Kompetenzen allein streiten. Schliesslich muss es auch noch ein paar geben, die arbeiten. Was das Davonlaufen anbelangt, so würde ich mir keine Gedanken machen. Ob diejenigen, die dort schreiben, da sind oder nicht, kommt wohl aufs gleiche heraus. (eb)

Wackeln die Stühle?

Angesichts der nervösen Reaktion, die meine «Tribüne» über die Ablösung bei der Union hervorgerufen hat (man lese das Vaterland vom Samstag), scheine ich doch recht zu behalten. Bei einigen in der Union müssen die Stühle gehörig wackeln, ob sie mich in ihren Entgegnungen als dümmlich bezeichnen oder nicht. (sp)

war aber im Verteilen von Sympathiestimmen nicht kleinlich. Eine Reihe von Union-Kandidaten konnte somit stattliche, persönliche Erfolge buchen, die auf den Anteil von Listenstimmen der Union jedoch keinen besonderen Einfluss hatten.

Aus persönlichen Sympathiestimmen will man Union-Listenstimmen machen

Der Vater des neuen Union-Gedankens ist zweifellos im Wunsch einzelner, weniger populärer Union-Vertreter begründet, auf dem Rücken der persönlichen Sympathiestimmen einzelner VU-Kandidaten an die Schalthebel der politischen Macht zu kommen. Man verschweigt dabei verständlicherweise, dass man den Bürger damit wieder vermehrt zum Parteimuffel machen möchte und ihm gleichzeitig die Möglichkeit nehmen will, einen ihm nahestehenden Kandidaten der Gegenpartei zu wählen, ohne damit auch den ganzen Parteiklüngel mit zu belohnen.

Wichtig und festzuhalten aber ist vor allem die Tatsache, dass das, was von der Union heute als nicht akzeptabel bezeichnet wird, (Fortsetzung Seite 2)

von Tag zu Tag

Als «überraschende Wendung» bezeichnete das «Liechtensteiner Vaterland» am Samstag die Tatsache, dass die Vorlage für das neue Wahlgesetz aus sachlichen Erwägungen einstimmig wieder an die Kommission zurückverwiesen wurde. Im Rahmen unserer angekündigten Fortsetzung der Landtagsberichterstattung befassen wir uns heute mit der Wahlgesetzvorlage (Seite 1).

In unserem österreichischen Nachbarland Vorarlberg fanden am Sonntag die mit Spannung erwarteten Landtagswahlen statt. Wie aus dem Bericht von Gustav Bachmann hervorgeht, konnte dabei die Oesterreichische Volkspartei die absolute Mehrheit behaupten, während die SPO einen Sitz zugunsten der FPÖ einbüsste (Seite 1).

Die liechtensteinische Jägerschaft versammelte sich am Sonntagabend beim «Waldhotel» in Vaduz zur diesjährigen Hubertusfeier, bei der Pater Brantschen die Jäger als Verwalter von Gottes Natur bezeichnete. Wir verweisen auf unseren Beitrag auf Seite 2.

Die Fortsetzung des Beitrags über die Jugend (Rebellion in der Zeitwende) finden Sie heute auf Seite 7. An gleicher Stelle veröffentlichten wir eine Besprechung des Buches «Manipulation des Menschen als Schicksal und Bedrohung».

Mit aktuellen Resultatmeldungen und Berichten zu den wichtigsten Ereignissen des Wochenendes informieren wir unsere Sportfreunde auf Seite 4. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Auslandsmeldungen finden Sie auf Seite 6.

Sonne und Tageshöchsttemperaturen um 20 Grad kennzeichnen weiterhin unser Wetter. Frühnebelbildungen lösen sich in den ersten Morgenstunden auf.

Namenstage: Heute Dienstag: Hilarion und Ursula — Morgen Mittwoch: Kordula, Ingbert.

Für Ihre Bankgeschäfte



Verwaltungs- & Privatbank
Aktiengesellschaft
Vaduz Tel. 075 / 8 31 31

Vorarlberg: OeVP behauptet ihre Stellung

Landtagswahlen: Freiheitliche Partei gewann 8763 Stimmen und ein Mandat — Sozialistische Partei verlor das Mandat im Bezirk Feldkirch

Feldkirch (G. B.) Wie bei den Landtagswahlen in Salzburg und in Wien im Frühjahr 1969 zeigte sich in Vorarlberg am Sonntag bei der ohne Zwischenfall verlaufenen Landtagswahl ein Zug zur Freiheitlichen Partei. Dennoch war der Sieg dieser Partei mit einem Stimmengewinn von 8763 oder fünf Prozent für viele überraschend, wengleich diese Partei nun seit 1954 um insgesamt 13 Prozent zugenommen hat, während die beiden Grossparteien prozentuell Stimmenverluste seit jener Landtagswahl hinnehmen mussten. Im Sieg der Freiheitlichen Partei hat wohl auch die geschickte Werbung mit der ersten Volksbefragung eine Rolle gespielt.

Nach dem Ergebnis der Landtagswahl vom Sonntag ist die beabsichtigte kleine Koalition SPOe-FPOe hinfällig, da die OeVP knapp, aber doch die absolute Mehrheit und im Landtag die gleiche Mandatszahl gehalten hat. Auf Grund des absoluten Mehrheitsverhältnisses könnte die OeVP eine Allein-Landesregierung bilden. Sie wird es aber nicht tun, sondern wie bisher je einen Vertreter der Minderheitsparteien in die Landesregierung nehmen, so daß hier, den Landeshauptmann eingerechnet, das unveränderte Verhältnis von 5:1:1 herrschen wird.

Landtag: OeVP 20 (20), SPOe 9 (10), FPOe 7 (6)

Keinen Sitz im 21. Vorarlberger Landtag hat die Liberale Partei Oesterreichs (LPOe) mit nur 1780 Stimmen oder 1,2 Prozent errungen. Hier nun das Ergebnis mit Vergleich zur Landtagswahl 1964:

OeVP	1964	SPOe	1964	FPOe	1964
69 847	69 323	38 742	38 302	29 243	20 480
50,1 %	53,5 %	27,8 %	29,5 %	20,9 %	15,8 %
20 Mandate	20	7 Mandate	10	7 Mandate	6 M

Wahlpflichtig waren rund 153 000 Vorarlberger Männer und Frauen. Doch war mit 94,3 Prozent die Wahlbeteiligung nur unwesentlich höher als 1964.

Eine nähere Analyse

der Vorarlberger Landtagswahl vom Sonntag zeigt, daß die OeVP auch bei Einbezug der LPOe noch die absolute Mehrheit besitzt. Denn diese zwei Parteien zusammen erreichten 71 103 Stimmen, SPOe und FPOe zusammen 67 985 Stimmen, während die OeVP es auf 69 847 Stimmen brachte. Allerdings mußten die SPOe im Bezirk Dornbirn und die OeVP im Bezirk Bregenz auch geringe Stimmenverluste hinnehmen. Dagegen erntete die FPOe im Bezirk Bregenz mit 3084 und im Bezirk Feldkirch mit 2696 Stimmen gegenüber 1964 die auffallendsten Gewinne, die man wohl mit der Autobahn-Misere in Bregenz in Verbindung bringen kann.

Nach Vorliegen der Wahlergebnisse erklärte Landeshauptmann Dr. Herbert Keßler, zugleich OeVP-Landesparteiobmann, zu dem über dreiprozentigen Stimmenverlust seiner Partei, daß die Autobahnprobleme eine schwere Belastung gewesen waren, aber trotzdem die OeVP die absolute Mehrheit erfolgreich verteidigen konnte, obwohl die gesamte Wahlwerbung der Minderheitsparteien auf die Brechung der OeVP-Mehrheit abgezielt hatte. Als Landeshauptmann lud er die beiden Minderheiten-

Parteien wie bisher mit je einem Sitz in der Landesregierung zur Mitarbeit ein.

Den 1,6prozentigen Verlust der SPOe deutete Landtagsvizepräsident Dr. Walter Peter als Nachwirkung von Fußach und Olah und nannte als künftiges Regierungsmitglied den Bludenzener Spitzenkandidaten Stadtrat Stecher, der den allgemein anerkannten Landesrat Josef Schoder aus Feldkirch ablösen soll. Der SPOe-Sprecher wie Nationalrat Werner Melder als FPOe-Sprecher machten auf die für die Minderheitsparteien ungünstige Wahlarithmetik aufmerksam, mit ungleicher Bewertung der Stimmen für ein Grundmandat, sowie auf den Umstand, daß es in Vorarlberg kein zweites Ermittlungsverfahren gibt (Reststimmen-Mandate).

Kommt es zu nichtsozialistischem Arbeiterkammerpräsidenten?

Schon bei den Vorarlberger Arbeiterkammerwahlen am 28. September 1969 hatten die Freiheitlichen mit sechs Mandaten den Sozialisten zwei Mandate abgenommen und damit die absolute SPOe-Mehrheit gebrochen. Mit der Konstituierung der Arbeiterkammer wartete man zu bis zum Ergebnis der Landtagswahl. Als Sprecher der FPOe erklärte Sonntagabend NR Melder, daß Gespräche nach beiden Seiten hin geführt worden waren, jedoch ohne Uebereinkommen. Eine FPOe-Koalition mit der OeVP, deren AAB 20 Mandate erreichte, bezeichnete er als durchaus möglich. Der FPOe-Parteivorstand wird in diesen Tagen darüber entscheiden. Im Ja-Falle wäre die FPOe Königsmacher für einen christlichen Arbeiterkammerpräsidenten in Vorarlberg, dem einzigen in Oesterreich.